



Demokratien in Bedrängnis: Wie kann autoritären Entwicklungen Einhalt geboten werden?

(I): Sicherheitspolitik

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

- › Deutschland und seine Verbündeten werden durch autoritäre Entwicklungen auf regionaler sowie globaler Ebene herausgefordert.
- › Auf regionaler Ebene ist die territoriale Integrität und Sicherheit Europas wesentlich durch ein zunehmend aggressiver auftretendes Russland bedroht. Auf globaler Ebene fordern autoritäre Großmächte die internationale liberale Ordnung immer stärker heraus.
- › Berlin muss die Verteidigungsausgaben erhöhen, um seinen Bündnisverpflichtungen zu entsprechen und glaubhaft zur Sicherung der territorialen Integrität Europas beitragen zu können.
- › Um auf die zunehmende Instabilität in Europas Nachbarschaft angemessen reagieren zu können, muss Deutschland zwischen kurz- und langfristigen Zielen unterscheiden. Langfristig ist eine weitere Demokratisierung der MENA-Region im Interesse Deutschlands.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	2
1. Eine neue sicherheitspolitische Bedrohungslage	2
2. Handlungsempfehlungen für die deutsche Sicherheitspolitik	3
3. Fazit	8
Impressum	9

Hintergrund

Weltweit werden offene Gesellschaften durch antiliberale Entwicklungen im Inneren und autoritäre Kräfte von außen herausgefordert. Oftmals ist die Folge ein *democratic backsliding*, wie es beispielsweise der Democracy Index des Economist verzeichnet. Auch nehmen die Hybridformen zwischen Demokratie und Autoritarismus zu, gerade weil ein autoritärer Politikstil häufig nicht gleichbedeutend mit antidemokratischen Maßnahmen ist – und umgekehrt. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob und vor allen Dingen wie der politische Westen¹, der selber nicht frei ist von inneren Fliehkräften, seine Außenpolitik weiterhin auf die Förderung demokratischer Prinzipien und Strukturen ausrichten sollte.

Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung macht in drei zusammenhängenden Papieren Vorschläge, wie die deutsche Politik auf autoritäre Entwicklungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern reagieren sollte. Deutschland pflegt den Anspruch einer wertegeleiteten Außenpolitik und hat ein Interesse an der Festigung der liberalen internationalen Ordnung, die im Kern ein demokratisches Projekt ist. Daher muss auch Deutschland in der Auseinandersetzung mit autoritären Kräften die Ziele, Mittel und Wirkungen seiner Politik genauer in den Blick nehmen.

In dem hier vorliegenden ersten Papier geht es um die Sicherheitspolitik als einem Handlungsfeld, auf das sich autoritäre Entwicklungen in potentiell dramatischer Weise auswirken. Die beiden weiteren Papiere befassen sich mit den Themenfeldern Außenwirtschaftspolitik und Zivilgesellschaft.

1. Eine neue sicherheitspolitische Bedrohungslage

Die sicherheitspolitischen Auswirkungen des zunehmenden Autoritarismus lassen sich in zwei Ebenen unterteilen: Auf regionaler Ebene werden vitale Sicherheitsinteressen Deutschlands und Europas einschließlich der territorialen Integrität einiger verbündeter mittel- und osteuropäischer Staaten durch Russland bedroht, während gleichzeitig Terrorismus und Migration als mittelbare Folgen zunehmend instabiler autoritärer Regime in der europäischen Nachbarschaft weiter zunehmen. Auf globaler Ebene kommt es zu einer schleichen Erosion der globalen liberalen Ordnung, die weltweit durch autoritäre Regime in Frage gestellt wird.

Die **unmittelbare territoriale Integrität und Sicherheit** Europas wird vor allem durch ein zunehmend aggressiver auftretendes Russland bedroht. Mit der Annexion der Krim 2014 und dem seither andauernden Konflikt in der Ukraine hat Russland das Gewaltverbot und die Charta von Paris gebrochen. Auch über die Ukraine hinaus versucht Russland zudem auf zahlreichen Ebenen die europäische (Sicherheits-)Ordnung zu unterminieren, um das westliche System zur relativen Stärkung der eigenen Machtposition zu schwächen. Durch aggressive militärische Manöver, Beeinflussung von Wahlen, Hofieren und Finanzierung von links- und rechtsextremen Parteien und zahlreichen Cyberangriffen zeigt Moskau, dass es sich als klarer Antagonist zu Europa definiert und kein strategischer Partner sein möchte.

Unmittelbare
territoriale Sicherheit
Deutschlands und
Europas durch
Russland bedroht.

In der europäischen Nachbarschaft verwandeln gleichzeitig **autoritäre Regime zahlreiche Staaten in einen mittel- bis langfristigen Instabilitätsfaktor** und somit auch in ein Sicherheitsrisiko. Der Arabische Frühling hat gezeigt, welches revolutionäre Potential auch in scheinbar „stabilen“ Staaten ruht. Die Unterentwicklung der demokratischen Strukturen in diesen Ländern bedeutet zudem, dass diese selbst im Falle eines Regimewechsels oft auf lange Zeit instabil bleiben. Interne Konflikte können hierbei rasch auf Nachbarstaaten übergreifen und stellen somit eine stete Gefahr für die regionale Stabilität dar. Die unmittelbaren Konsequenzen dieser Instabilität in der eigenen Peripherie bekommt Europa vor allem in Form von Migration und Terrorismus zu spüren. Gleichzeitig bleiben Deutschland und Europa zur Eindämmung dieser Phänomene wiederum oft auf autoritäre Regime in der eigenen Nachbarschaft angewiesen, da diese häufig die einzigen handlungsfähigen Partner darstellen.

Autoritäre Staaten
stellen mittel- und
langfristig einen
Instabilitätsfaktor dar.

Auf **globaler Ebene** werden autoritäre Großmächte zur Gefahr für die **liberale internationale Ordnung**, von der gerade Deutschland als „Überschuss-Weltmeister“ wie kaum ein anderes Land profitiert hat und auf die es angewiesen bleibt. Diese regelbasierte Ordnung zielt auf Ebene der Staaten darauf ab, eine Berechenbarkeit zu schaffen, die jedem Staat einzeln Sicherheit bietet und dadurch die internationalen Beziehungen systematisch stabilisiert. Gleichzeitig wirken wesentliche Normen der liberalen Ordnung, insbesondere die Menschenrechte, auch in die innerstaatliche Sphäre hinein und wirken auf menschenwürdige Grundbedingungen hin, die ihrerseits staatliche und internationale Stabilität fördern. Vor allem China und Russland verfolgen zunehmend Interessen, die der westlich geprägten liberalen Ordnung entgegenstehen und versuchen sich exklusive regionale Einflussphären zu sichern. Aber auch die Vereinigten Staaten treten zunehmend als alleinagierender geopolitischer Machtakteur auf und sind immer seltener willens, die Kosten für die Aufrechterhaltung der liberalen Ordnung zu tragen. Die Folge ist eine Erosion des internationalen Systems und der zugehörigen Institutionen, die sich jedenfalls in den Schlüsselkonflikten in einer Blockade des Sicherheitsrates durch die Vetomächte und dem zunehmenden Aufbau von Parallel- und rivalisierenden Institutionen unter der Ägide oft autoritärer regionaler Großmächte äußert.

Autoritäre Groß-
mächte gefährden
die liberale interna-
tionale Ordnung.

China und Russland
fordern liberale
Ordnung in beson-
derer Weise heraus.

2. Handlungsempfehlungen für die deutsche Sicherheitspolitik

I. Territoriale Integrität und Sicherheit Europas

Zur Gewährleistung der **territorialen Integrität und Sicherheit Europas** bedarf es vor allem glaubhafter europäischer Verteidigungsfähigkeiten und einer stabilen transatlantischen Allianz. Gerade in Zeiten zunehmender Großmächtekonkurrenz ist eine funktionierende Abschreckung die Grundlage für den Dialog über einen möglichen Interessenausgleich mit Russland und anderen autoritären Staaten.

1. Glaubhafte deutsche und europäische Streitkräfte gewährleisten

a. Verteidigungsausgaben vereinbarungsgemäß erhöhen

Das Erreichen des NATO-Ziels von zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben bleibt weiterhin unerlässlich. Deutschland hat sich dieser Vorgabe beim NATO-Gipfel in Wales 2014 verpflichtet. Die Probleme, die die Bundeswehr mit der Bereitstellung sehr eingeschränkter Verbände und Fähigkeiten an der NATO-Ostgrenze und in den Einsatzgebieten hat, zeigen eindrücklich, dass diese Finanzierung dringend gebraucht wird. Je länger Deutschlands Streitkräfte unterfinanziert bleiben, desto größer wird zudem der zukünftige Finanzierungsbedarf.

Das 2 %-Ziel bleibt weiterhin unerlässlich für Deutschland.

Deutschland kommt hierbei auch eine Vorbildfunktion für die anderen europäischen Staaten zu. Glaubwürdige europäische Streitkräfte sind eine Grundvoraussetzung für mehr europäische Souveränität. Gerade in Zeiten transatlantischer Zerwürfnisse, in denen auch Deutschland auf die Solidarität der ost- und mitteleuropäischen Staaten angewiesen ist, stellt der Mangel an glaubhaften europäischen Verteidigungsfähigkeiten eine schwere Hypothek für die europäische Einheit dar und belastet zudem die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Gerade wenn die Sozialdemokraten und die Opposition die Analyse der Kanzlerin teilen, dass sich die Europäer in Zukunft weniger auf die USA verlassen können, sollten sie hieraus Konsequenzen ziehen und die notwendigen Mittel für souveräne europäische Streitkräfte bereitstellen.

Es spricht hierbei nichts dagegen, zusätzlich zu den zwei Prozent für Verteidigung auch für andere Ausgaben konkrete BIP-Anteile festzulegen – wie beispielsweise die ODA-Quote (Entwicklungszusammenarbeit) von 0,7 Prozent für die Entwicklungshilfe. Es hilft aber nicht weiter, die angestrebten „Verteidigungsausgaben“ zu „Sicherheitsausgaben“ umzudefinieren und anschließend einen sehr breiten Sicherheitsbegriff zugrunde zu legen. Das Ziel der zwei Prozent, für eine angemessene militärische Lastenteilung unter den Mitgliedern zu sorgen, wird so jedenfalls konterkariert. Gerade die größeren Partner geben ebenfalls enorme Summen für Sicherheitsausgaben aus und sind daher nicht bereit, Deutschland entsprechende Rechenspiele abzukaufen. Dies gilt umso mehr, wenn Deutschland gleichzeitig kaum in der Lage ist, die übernommenen militärischen Verpflichtungen in NATO und EU zu erfüllen.

Die ODA-Quote von 0,7 % für Entwicklungshilfe sollte auch erreicht werden.

Auch eine angebliche Militarisierung deutscher Außenpolitik taugt nicht als valides Gegenargument. Steigende deutsche Verteidigungsausgaben sind innereuropäisch in keiner Weise umstritten, sondern werden von unseren Partnern sogar gewünscht.² Der kritische Zustand der Ausrüstung der deutschen Bundeswehr macht steigende Verteidigungsausgaben zur Notwendigkeit, um den wachsenden Herausforderungen für die deutsche Landes- und Bündnisverteidigung gerecht zu werden. Statt um Aufrüstung geht es hier also um dringend benötigte Ausrüstung, wie die Bundeskanzlerin selbst bei den jüngsten Haushaltsberatungen im Mai betonte. Das neue Fähigkeitsprofil der Bundeswehr, das der Generalinspekteur der Streitkräfte Anfang September 2018 unterzeichnete, unterstreicht den Bedarf des Militärs an zusätzlicher Ausrüstung – insbesondere um die Aufgabe der kollektiven Verteidigung erfüllen zu können.

Die angebliche Militarisierung deutscher Außenpolitik lässt sich widerlegen.

Zuletzt kann Deutschland die Mittel der zwei Prozent auch verstärkt in Ausgaben lenken, die der Verteidigung dienen und positive infrastrukturelle Nebeneffekte erbringen. Die Bundesrepublik stellt, sollte irgendwann der Bündnisfall aufgerufen werden, den zentralen Drehpunkt einer alliierten Reaktion dar. Gerade im Bereich der Logistikinfrastruktur könnten infrastrukturelle Verbesserungen wie panzertragende Brücken daher einen wichtigen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Allianz leisten. Zumindest in den nächs-

Investitionen in die Verteidigung können positive infrastrukturelle Nebeneffekte zeitigen.

ten Jahren, in denen eine abrupte Steigerung der originären Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent allein kapazitär schwer umsetzbar ist, können solche Ausgaben einen willkommene Alternative darstellen und die deutsche Position in der Allianz stärken.

b. Ein klares Ja zur europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit

Neben den eigenen Fähigkeiten sollte vor allem die Stärkung von Europas Verteidigungs- und Reaktionsfähigkeiten oberste Priorität genießen. Projekte wie PESCO, die permanente Strukturierte Zusammenarbeit, das Framework-Nation-Konzept sowie die vielseitige bi- und mini-laterale Kooperation mit NATO- und EU-Staaten sind deshalb grundsätzlich zu begrüßen. An vielen Stellen werden hiermit multinational Fähigkeiten erhalten, gebündelt und sogar ausgebaut und die Interoperabilität gestärkt.

Deutschland muss mehr noch als bisher darauf hinarbeiten, multinationale Verbände auch auf einen möglichen gemeinsamen Einsatz hinauszulegen. Hierzu bedarf es insbesondere einer politischen Unterfütterung der militärischen Zusammenarbeit. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat mit dem Vorschlag, eine *European Intervention Initiative* aufzustellen, einen begrüßenswerten Beitrag geleistet. Es ist richtig, im Sinne des *single set of forces* und der zahlreichen EU- und NATO-Verbände eine weitere Eingreiftruppe abzulehnen. Die Bundesregierung sollte hier gemeinsam mit Frankreich eine Führungsrolle übernehmen und sich nicht darauf beschränken, diese begrüßenswerte Initiative schlicht in der PESCO aufgehen zu lassen.

Deutschlands
Unterstützung der
European Intervention
Initiative ist
begrüßenswert.

2. Dialog und *Deconfliction* mit Russland

Die ersten beiden Empfehlungen für höhere Verteidigungsausgaben und mehr europäische Integration haben die Voraussetzungen für eine glaubhafte Abschreckung betont. Die Abwehrbereitschaft der Allianz wird von Moskau in militärischen Muskelspielen im europäischen Luftraum und auf See ständig getestet. Parallel stehen sich russische und NATO-Luftstreitkräfte im Syrienkonflikt direkt gegenüber. Das Risiko einer militärischen Konfrontation mit Russland ist somit über die letzten Monate dramatisch gestiegen. Um eine Eskalation mit möglicherweise katastrophalen Folgen zu vermeiden, müssen schnellstmöglich permanente Kommunikationskanäle etabliert werden, um militärische Zwischenfälle zu vermeiden und im Falle eines solchen eine weitere Eskalation zu verhindern. Über die bisherigen Ad-Hoc-Kanäle auf bilateraler und NATO-Ebene hinaus braucht es verlässliche Institutionen, beispielsweise in Form eines NATO-Russland-Krisenreaktionszentrums, in dem russische und westliche Militärexperten im Sinne der gegenseitigen Vertrauensbildung zusammenkommen und verhindern, dass Risikosituationen in direkter Konfrontation münden.

Das Risiko mili-
tärer Zusammen-
stöße mit Russland
muss verringert
werden.

Ein verstärkter politischer Dialog ist zudem fester Teil der Russland-Strategie der NATO. In nahezu allen Konflikten in Europas Nachbarschaft ist Russland entweder Akteur, wie in Syrien oder der Ukraine oder durch indirekte Unterstützung involviert wie beispielsweise in Libyen. Eine Befriedung dieser Konflikte lässt sich ohne die russische Seite nicht erreichen. Es muss daher weiter versucht werden, mit Russland in einen Dialog zu kommen, der auch konkrete Ergebnisse produziert.

II. Instabilität in der europäischen Nachbarschaft

Die zunehmende Instabilität in der europäischen Nachbarschaft stellt die deutsche Sicherheitspolitik vor ein Dilemma: Kurz- bis mittelfristig ist eine Zusammenarbeit mit erstarkten autoritären Staaten aus sicherheitspolitischen Erwägungen häufig unausweichlich. Dies gilt sowohl für Russland, mit dem schon allein als größter europäischer Nachbar zumindest ein gewisses Maß an Kooperation geboten ist, als auch beispielsweise für die Türkei, die sich trotz NATO-Mitgliedschaft und des Status als EU-Beitrittskandidat zu einem zunehmend autoritär geführten Staat entwickelt und sich zunehmend anti-westlich und anti-europäisch definiert. Schon allein wegen ihrer geostrategischen Lage als „Scharnier“ zwischen Orient und Okzident bleibt eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei trotzdem wünschenswert, wie beispielsweise das Türkei-Abkommen in Flüchtlingsfragen 2015 zeigte. Ähnliche realpolitische Zwänge ließen sich beliebig für andere autoritär geführte Staaten auf regionaler und globaler Ebene fortsetzen, die in Fragen der Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung oder Eindämmung von organisierter Kriminalität wichtige Partner sind oder sein können. Aus kurz- bis mittelfristiger Perspektive sind sie oft auch die einzigen Staaten, die über ausreichend staatliche Durchsetzungskraft für eine konstruktive Zusammenarbeit verfügen.

Kurz- bis mittelfristige Zusammenarbeit mit autoritären Staaten ist häufig unausweichlich.

Langfristig haben sich diese Staaten jedoch zum Teil als Gegner positioniert und stellen durch ihre autoritäre Natur ein stetiges Pulverfass an Europas Grenzen dar. Eine dauerhafte Beruhigung der europäischen Peripherie ist daher von einem grundsätzlichen Wandel in diesen autoritären Staaten abhängig. Um die langfristige Stabilität der europäischen Peripherie zu sichern und ein weiteres Erstarren autoritärer Kräfte zu verhindern, muss Deutschland sich daher weiter für eine Demokratisierung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Staaten einsetzen. Somit würde gleichzeitig auch ein Beitrag zum Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung geleistet.

Langfristig stellen autoritäre Staaten ein Pulverfass für Europa dar.

Der politische Drahtseilakt besteht daher in der Gestaltung einer Politik, die realpolitische Zwänge und grundsätzliche Wertorientierung vereint und zwischen kurz-, mittel- und langfristige Interessen unterscheidet. Eine solche Politik muss darauf abzielen, bei der Zusammenarbeit mit autoritären Staaten nicht das vorhandene System zu stärken, sondern gezielt auf einen Wandel hinzuwirken oder ihn zumindest nicht weiter zu verbauen. Dieser Wandel sollte dabei in der Kommunikation gegenüber den autoritären Staaten weniger die Regimeangehörigen persönlich betreffen, sondern vielmehr die Art und Weise des Regimehandelns. Angesichts des zunehmenden Einflusses autoritärer Großmächte weltweit kann sich die Politik hierbei zukünftig nicht mehr auf das Prinzip der Konditionalität verlassen, da oft ausreichend alternative Partner für autoritäre Regime zur Verfügung stehen. Besser als bisher muss es zudem gelingen, diese politische Gratwanderung der deutschen Bevölkerung deutlich zu erläutern: kurz-, mittel- und langfristige Interessen müssen offengelegt werden. Nur so kann deutsche Sicherheitspolitik überzeugend und glaubwürdig bleiben und insbesondere vermeiden, dem innenpolitischen und internationalen Vorwurf doppelter Standards ausgesetzt zu sein.

Der Drahtseilakt besteht zwischen realpolitischen Zwängen und einer grundsätzlichen Werteorientierung.

Die Öffentlichkeit muss besser über deutsche Interessen informiert werden.

Folgende sicherheitspolitische Instrumente können konkret dazu beitragen, diesen „Drahtseilakt“ zwischen Druck und Kooperation umzusetzen:

1. Verlässliche Perspektiven für Partnerschaft und Mitgliedschaft

Der Autoritarismus nimmt auch deshalb in der europäischen Nachbarschaft zu, weil Mitglieds- und Partnerschaftsprozesse von EU und NATO vielerorts zum Erliegen gekommen sind. In Osteuropa und im Kaukasus haben Europa und Amerika mit der Einschränkung, Staaten mit ungelösten territorialen Fragen nicht aufzunehmen, für Russland eine Möglichkeit geschaffen, eine dauerhafte Westbindung durch das Losbrechen von

Konflikten zu verhindern. Das russische Vorgehen in Georgien und der Ukraine verdeutlichen diese Strategie. Gleichzeitig konnten die Partnerschaftsprogramme, die mit Maghreb, Golf- und Levante-Staaten unterhalten werden, nie umfassende Erfolge erzielen. An die Stelle Europas und Amerikas sind mittlerweile vielerorts andere, oft autoritäre Partner getreten. Um die Attraktivität einer Partnerschaft mit Europa zu erhöhen, müssen interessierten Staaten endlich wieder glaubhafte und berechenbare Partnerschafts- und Mitgliedschaftsoptionen geboten werden. Nur wer eine wirkliche Perspektive bietet, kann die Zusammenarbeit an Bedingungen knüpfen. Der Beitrittsprozess des Westbalkans zur EU bedarf in dieser Hinsicht besonderer Aufmerksamkeit.

Interessierten Staaten müssen glaubhafte Partnerschafts- und Mitgliedschaftsoptionen angeboten werden.

2. Ertüchtigung konditionalisieren und europäisieren

Die militärische Ertüchtigung von Staaten in fragilen Regionen gehört bereits zu den wichtigen Zielen deutscher Sicherheitspolitik. Gleichzeitig birgt vor allem die Ertüchtigung die Gefahr, autoritäre Regime noch weiter zu stabilisieren. Um zumindest im europäischen Kontext die Möglichkeit einer Konditionalität in der Sicherheitszusammenarbeit zu wahren, dürfen sich die Staaten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die Ertüchtigung muss daher schrittweise europäisiert werden, etwa im Rahmen der *European Intervention Initiative*. Im europäischen Verbund lassen sich Ausbildungsmissionen effektiver durchführen: Kontingente der einzelnen Staaten können nach einem zu Beginn des Einsatzes festgelegten Plan für bestimmte Zeitabschnitte rotieren. Eine wichtige Ausbildungsmission, die der Europäisierung unterzogen werden sollte, stellt derzeit der Bundeswehreininsatz im Irak dar. Aktuell muss dort wegen der unsicheren Regierungsbildung im Irak darauf hingewirkt werden, dass der Einsatz unter annehmbaren politischen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden kann.

Ertüchtigung muss schrittweise europäisiert werden.

III. Erhalt der regelbasierten liberalen Ordnung

1. Ein verstärktes Engagement im VN-Sicherheitsrat

Deutschlands begrüßenswertes Eintreten für einen ganzheitlichen Sicherheitsbegriff in der Arbeit des VN-Sicherheitsrats darf nicht zulasten vertiefter Bemühungen zur Lösung der kriegerischen Konflikte gehen (etwa Syrien, Ostukraine, Jemen). Deutschland kann bei der Erarbeitung von Resolutionsentwürfen in diesen Konflikten eine wichtige Rolle spielen. Dafür mag es sich als nützlich erweisen, auf solche Resolutionen hinzuarbeiten, die eine „konstruktive Ambiguität“ besitzen, also in einem bestimmten Rahmen unterschiedlichen Interpretationsansätzen zugänglich sind. Durch solche Lösungen wird die Arbeitsfähigkeit des VN-Sicherheitsrats insgesamt eher gestärkt – anstatt durch die Suche nach eindeutigen Formulierungen die Blockade des Sicherheitsrats weiter um sich greifen zu lassen. Als Vorbild könnte dabei die Resolution 2249 (2015) zum Syrien-Konflikt dienen.

„Konstruktive Ambiguität“ in UN-Resolution kann sich als nützlich erweisen.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung Deutschlands nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat europäisch interpretiert. Gerade die Kooperation mit Frankreich muss eng sein; auch über den Brexit hinaus sollte die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich gesucht werden. In der gegenwärtig angespannten Weltlage würde es den europäischen Interessen an einem funktionierenden Multilateralismus schaden, wenn Europa im Sicherheitsrat, wie etwa bei den Entscheidungen zu Irak 2003 und Libyen 2011, ein gespaltenes Bild abgibt.

2. Autoritäre Regime für Rechtsverletzungen zu Rechenschaft ziehen

Die deutsche Politik gegenüber autoritären Regierungen muss sich auch bei der Arbeit im Sicherheitsrat darin ausdrücken, das Thema der Menschenrechte in den Fokus zu rücken. Im Übrigen muss Deutschland sein starkes und viel beachtetes Engagement im Bereich der internationalen Strafgerichtsbarkeit durch sein Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), den „Internationalen, Unabhängigen und Unparteiischen Mechanismus der Vereinten Nationen“ (IIM) sowie durch die nationale Verfolgung von Kriegsverbrechern fortsetzen. Letzteren kommt wegen der mangelnden Unterwerfung Syriens unter den IStGH sowie der Blockade des Sicherheitsrats in diesem Konflikt eine besondere Bedeutung zu. Über die bisherigen Strukturermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft (GBA) hinaus, in denen die im Inland zugänglichen Beweismittel ausgewertet werden, sollten auch Erkenntnisse des IIM in die Ermittlungen der GBA einfließen und diese auf weitere Verdächtige ausgeweitet werden.

Menschenrechte
müssen durch
deutsche UN-Politik
stärker fokussiert
werden.

3. Fazit

Es kann gelingen, den sicherheitspolitischen Konsequenzen des zunehmenden Autoritarismus auf regionaler und globaler Ebene zu begegnen. **Auf regionaler Ebene werden stärkere militärische Fähigkeiten** vor allem im Bereich der Bündnisverteidigung, also zum Schutz der territorialen Sicherheit und Souveränität Europas, benötigt. Da nur hier eine konkrete Bedrohung vorliegt, die auch die am klarsten definierte militärische Komponente hat, kommt diesem Bereich eine besondere Bedeutung zu. Bessere europäische Streitkräfte und ein glaubwürdiges Engagement an der gesamten Ostflanke bilden aber gleichzeitig auch die Basis für Partnerschaften und das eigene sicherheitspolitische Engagement in der europäischen Nachbarschaft.

In dieser Nachbarschaft muss Europa einen **Drahtseilakt mit dortigen autoritären Regimen** vollziehen: Einerseits muss es mit ihnen zusammenarbeiten, um den Folgen der augenblicklichen Instabilität wie Terrorismus und Migration Herr zu werden. Gleichzeitig sorgt der autoritäre Charakter dieser Regime langfristig für immer mehr Instabilität. Auf lange Sicht ist also nur eine Demokratisierung dieser Staaten in deutschem und europäischem Interesse. Zu diesem Zwecke muss Europa den Staaten in der europäischen Nachbarschaft vor allem wieder **berechenbare und lohnende Partner- und Mitgliedschaftsperspektiven** bieten. Durch eine Europäisierung der Ertüchtigung dürfen sich EU-Staaten zudem nicht weiter gegeneinander ausspielen lassen.

Ein militärisch glaubhafteres Europa in der NATO und eine erfolgreiche und enge Zusammenarbeit mit den Staaten in der europäischen Nachbarschaft sind darüber hinaus eine Grundvoraussetzung dafür, **auf der globalen Ebene** in einer Welt mit zunehmender Großmächtekonkurrenz auch als gestaltungsmächtiger eigener Pol wahrgenommen zu werden. Dies verhindert, dass sich diese Großmächte über Europas Köpfe hinweg verständigen und sorgt vor allem auch dafür, dass Europa ein attraktiver Partner bleibt, den man nicht nur aus Wohlwollen, sondern auch aus ureigenem Interesse einzubinden hat. Erst auf dieser Basis kann Europa sich dann dafür einsetzen, diese Kooperation auch in Zukunft multilateral und institutionalisiert zu gestalten und somit die **regelbasierte internationale Ordnung** zu stärken.

1 Politischer Westen definiert nach Herfried Münkler.

2 "The nightmare of the dark: The security fears that keep Europeans awake at night", ECFR, July 2018
https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_nightmare_of_the_dark_the_security_fears_that_keep_europeans_away_at_n
(letzter Abruf: 29.10.2018).

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung
Informationen unter www.kas.de/jungeaussenpolitiker

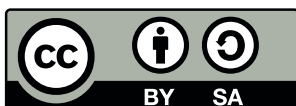
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun
Referentin Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T +49 30 / 269 96-3399
daniela.braun@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN: 978-3-95721-482-9



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© dpa/Kay Nietfel